

Kleine Anfrage 759

der Abgeordneten Dierk Homeyer und Ludwig Burkardt
CDU-Fraktion

an die Landesregierung

Haushaltschaos in Brandenburg: Ersetzt eine Kleine Anfrage der CDU-Fraktion das Regierungshandeln in Brandenburg?

Der aktuellen Presseberichterstattung konnte entnommen werden, dass die Interpretation der Haushaltssperre durch das Finanzministerium und die Fachministerien zu Missverständnissen, Widersprüchen und Unklarheiten geführt hat. Diese Rechtsunsicherheit war offenbar der Anlass dafür, dass die Fachressorts die Antwort des Finanzministeriums auf die Kleine Anfrage Nr. 617 und nicht das 2. Haushaltswirtschaftliche Rundschreiben als Maßstab für die Auslegung der Haushaltssperre herangezogen haben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage wird derzeit der Haushaltsplan 2010 von der Landesregierung vollzogen?
2. Welche Gründe gibt es dafür, dass das Finanzministerium und die Fachressorts das 2. Haushaltswirtschaftliche Rundschreiben bezüglich seiner Auswirkungen auf die Sperrung von Haushaltsmitteln grundlegend unterschiedlich bewertet haben?
3. Ist es zutreffend, dass die Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 617 den Finanzverantwortlichen in den Ministerien als Handlungsgrundlage zur Orientierung für den Haushaltsvollzug dient bzw. diente?
4. Wie schätzt die Landesregierung angesichts der regierungsinternen Diskussionen um die Haushaltssperre die Rechtssicherheit haushalterischer Entscheidungen im Jahr 2010 ein? (Bitte mit Begründung)
5. Welche zusätzlichen Belastungen könnten auf das Land zukommen, wenn eine Vielzahl von Zuwendungsempfängern gegen abschlägige Bescheide der zuständigen Behörden Rechtsmittel einlegt?

Datum des Eingangs: 11.08.2010 / Ausgegeben: 12.08.2010